



P r o t o k o l l

- Öffentlicher Teil -

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Sitzungstermin:	Donnerstag, 25.06.2015
Sitzungsbeginn:	16:03 Uhr
Sitzungsende:	18:08 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, Großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Großer, Elke

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Resch-Hoppstock, Sabine

Ordentliche Mitglieder

Boos, Michael
Brandes, Katrin
Deitmar, Reinhard
Keye, Bernfried
Vogler, Birgit
Vree, Friedhelm

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Wiechenberg, Dieter

stellvertretendes Mitglied

Hantelmann, Klaus

Löhr, Norbert

Wagner-Judith, Christiane

Vertretung für Frau KAbg.
Ilona Dinter

Vertretung für Herrn KAbg.
Maximilian Pink

Vertretung für Herrn KAbg.
Bertold Brücher

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Harmel, Ralf

Vorsitzender der örtlichen
Pflegekonferenz

Piltz, Andreas

Vertreter der
Arbeitsgemeinschaft der

anwesend bis 18.00 Uhr

Protokollführer

Zimmer, Stephan

Von der Verwaltung

Steinbrügge, Christiana

Klooth, Kathrin

Horstmann, Dietmar

Dr. Köppert, Axel

Glasenapp, Jens

Knaubert-Lang, Jacqueline

Pinkert, Claudia

Vogt, Kornelia

Löb, Susanne

Landrätin

Dezernentin III

stellv. Leiter Amt für Arbeit
und Soziales

stellv. Leiter Gesundheitsamt
Leiter Abteilung Allgemeine
Sozialhilfe

stellv. Leiterin Fachberatung
Politik, Gesellschaft,
Netzwerk-Projekte, u.a.

ab 01.07.2015:

Koordinatorin für Migration
und Teilhabe

Pressesprecherin

Gleichstellungsbeauftragte

Als Gäste

Hagedorn, Ulrich

Kaula, Ilona

geschäftsführender Vorstand

AWO-Kreisverband

Salzgitter-Wolfenbüttel e.V.

AWO-Kreisverband

Salzgitter-Wolfenbüttel e.V.

Es fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Brücher, Bertold

Dinter, Ilona

Pink, Maximilian

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Meyer, Hans-Andreas

Kreissenjorenbeauftragter

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 14. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit vom 16.04.2015 (§§ 23, 4d GO)

5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)
 6. Anträge (§§ 23, 4f GO)
 7. Jahresbericht des Amtes für Arbeit und Soziales 2014
Vorlage: XVII-0594/2015
 8. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE
hier: „Verteilung und Bewerbung der Wolfenbüttel- Card“
Vorlage: XVII-0555/2015/1
 9. 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: XVII-0575/2015
 10. Durchführung der sozialen Schuldnerberatung
Vorlage: XVII-0593/2015
 11. Rahmenkonzept Flüchtlingshilfe im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0602/2015
 12. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)
 13. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Großer eröffnet um 16.03 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Die Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung fest. Änderungsanträge liegen nicht vor und werden nicht gestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 14. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit vom 16.04.2015 (§§ 23, 4d GO)

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit einstimmig bei fünf Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 16.04.2015 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

Frau KAbg. Brandes nimmt Bezug auf den Kreistagsbeschluss vom 23.03.2015 zur Erhöhung der jährlichen Personenpauschalen nach dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Unterbringung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber und erfragt, wann die Auszahlungen stattfinden werden.

Frau Klooth berichtet, dass in der 24. Kalenderwoche Schreiben mit den zu erwartenden Beträgen versandt worden sind. Die Beträge werden vertragsgemäß zum 01.07. des Jahres angewiesen.

Herr KAbg. Vree fragt, ob die Möglichkeit besteht, im Bezug auf die Flüchtlingsbetreuung für die zahlreichen ehrenamtlichen Helfer Fahrtkostenpauschalen gewähren zu können. Insbesondere entstünden Helfern in der Samtgemeinde Baddeckenstedt immense Kosten bspw. für Fahrten mit den Flüchtlingen nach Wolfenbüttel.

Frau Steinbrügge weist darauf hin, dass auch in anderen Bereichen wie Sport und Kultur Ehrenamtliche tätig sind. Vor einer Berücksichtigung von Fahrtkosten für Ehrenamtliche wären dazu politische Beratungen notwendig.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock kündigt an, dass die SPD-Kreistagsfraktion diesbezüglich einen formellen und entsprechend begründeten Antrag stellen wird.

TOP 6 Anträge (§§ 23, 4f GO)

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 7 Jahresbericht des Amtes für Arbeit und Soziales 2014
Vorlage: XVII-0594/2015

Herr Horstmann erläutert die Vorlage anhand einer dem Protokoll als *Anlage* beigefügten PowerPoint-Präsentation.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock bewertet den Bericht als positiv und sehr gut nachvollziehbar.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Vom Jahresbericht des Amtes für Arbeit und Soziales 2014 wird Kenntnis genommen.

TOP 8 Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE
hier: „Verteilung und Bewerbung der Wolfenbüttel- Card“
Vorlage: XVII-0555/2015/1

Frau Klooth erläutert die Vorlage XVII-0555/2015/1.

Herr KAbg. Wiechenberg hält die Nutzerzahlen der Wolfenbüttel-Card im Verhältnis zur Zahl der Anspruchsberechtigten für gering. Er möchte eine gemeinsame Diskussion anstoßen, um diesen Umstand zu verbessern.

Herr KAbg. Hantelmann erfragt zum einen, ob es Anzeichen gibt, dass die Wolfenbüttel-Card in der Kleiderkammer und der Tafel des DRK gelten könnte. Zum anderen interessiert ihn, ob Institutionen aktiv angesprochen werden.

Frau Klooth teilt mit, dass es aktuell keine aktive Akquise gibt. Sie weist ferner auf die Vielzahl von Vereinen hin, die die Möglichkeit einer Ermäßigung für bestimmte Personengruppen bereits in ihrer Satzung verankert haben. Das DRK wird die Card auch weiterhin wegen mangelnder Fälschungssicherheit nicht anerkennen. Die Card ist bei ihrer Einführung jedoch bewusst einfach gehalten worden, auch um Stigmatisierungen vorzubeugen.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock bewertet es als grundsätzlich positiv, dass das Thema durch die öffentlichen Beratungen in das Bewusstsein der Bürger gerückt wird. Gegenwärtig hält sie aktive Bemühungen darüberhinaus für nicht realisierbar. Auch müsse man sich bei erweiternden Vergünstigungen etwa durch kommerzielle Anbieter fragen, ob dies dann politisch noch haltbar sei.

Frau KAbg. Wagner-Judith gibt den Hinweis, ggf. ergänzende Informationen von anderen Kommunen einzuholen, wenn eine ausgeweitete Nutzung stattfinden sollte. Ferner erfragt sie, wie es bei der Erfassung zu Mehrfachzahlungen kommen kann.

Frau Klooth erläutert, dass die Gültigkeit an die Dauer der Grundleistungszeiträume gekoppelt und es daher nicht unüblich ist, wenn eine Person innerhalb eines Kalenderjahres mehrere Wolfenbüttel-Cards ausgestellt bekommt.

Frau Steinbrügge ergänzt, dass für eine stärkere Fokussierung auf die Akquise und die zusätzliche Versendung der Card keine Kapazitäten vorhanden sind. Die Verwaltung ist jedoch für Vorschläge, die Nutzung stärker fördern zu können, offen.

Frau KAbg. Vogler hält die Versendung nicht für notwendig, sofern dafür gesorgt ist, dass die Anspruchsberechtigten ausreichend Informationen zur Card erhalten.

Herr KAbg. Wiechenberg zieht den der Vorlage XVII-0555/2015 zugrundeliegenden Antrag zurück.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Von den ergänzenden Ausführungen zur Wolfenbüttel-Card wird Kenntnis genommen.

TOP 9 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: XVII-0575/2015

Frau Klooth erläutert ergänzend zur Vorlage XVII-0575/2015 den Teilhaushalt des Amtes für Arbeit und Soziales (TH 50) zum 1. Nachtragshaushalt des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2015.

Frau Steinbrügge weist darauf hin, dass aufgrund der kurzfristigen Bund- und Länderentscheidung zur Soforthilfe für die Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern mit derzeit geschätzten Mehrerträgen für den Landkreis Wolfenbüttel in Höhe von 1,7 bis 2 Mio. Euro zu rechnen ist. Eine entsprechende Tischvorlage für die kommende Sitzung des Kreisausschusses, spätestens für die kommende Sitzung des Kreistages wird vorbereitet.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Von den ergänzenden Erläuterungen des Teilhaushalts des Amtes für Arbeit und Soziales (TH 50) zum 1. Nachtragshaushalt des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2015 wird Kenntnis genommen.

Daneben ergeht nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2015 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

TOP 10 Durchführung der sozialen Schuldnerberatung
Vorlage: XVII-0593/2015

Frau Klooth erläutert die Vorlage XVII-0593/2015. Sie informiert, dass sich ein weiterer Interessent an der Durchführung der sozialen Schuldnerberatung am Vorabend per Email gemeldet und auf die aus seiner Sicht notwendige Vergabepflicht hingewiesen hat. Frau Klooth verweist darauf, dass sich die Verwaltung regelmäßig mit dieser rechtlich umstrittenen Ansicht auseinandergesetzt hat. Eine entsprechende Ausschreibung wird nicht für notwendig angesehen.

Frau KABg. Resch-Hoppstock teilt mit, dass die anwesenden Ausschussmitglieder vereinzelt dieselbe Email auch erhalten hätten. Die Umschreibungen zu der avisierten Vereinsgründung sind sehr vage. Insbesondere ist das Leistungsspektrum keineswegs ersichtlich. Die SPD-Fraktion spricht sich daher für die Verlängerung des Vertrages mit der AWO-Schuldnerberatung aus.

Frau KABg. Vogler spricht sich im Namen der CDU-Fraktion ebenfalls für die Verlängerung des Vertrages aus. Darüberhinaus bemerkt sie, dass sich die Wartezeiten im freien Zugang seit 2012 nahezu verdoppelt hätten.

Frau Kaula antwortet, dass dies die Auswirkungen eines längerfristigen, krankheitsbedingten Ausfalls seien.

Herr Harmel erfragt, wie der Problematik der seit Jahren recht langen Wartezeiten entgegengewirkt wird.

Herr Hagedorn verweist auf eine optimierte Verfahrensweise, die die Wartezeiten erheblich verkürzt. Im Vergleich zu anderen Schuldnerberatungsstellen sind die Wartezeiten auch generell als kurz zu bewerten.

Herr KAbg. Boos erfragt, ob angesichts des Interessenten die Beschlussempfehlung verschoben werden solle.

Herr KAbg. Löhr befürwortet die Beschlussempfehlung insbesondere, weil der Verein sich erst in der Gründung befinde.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock widerspricht einer Verschiebung, da diese Email keine seriöse Grundlage für anderweitige Erwägungen biete.

Frau Klooth unterstreicht die Notwendigkeit eines Signals in Richtung des bisherigen Partners, der AWO-Schuldnerberatung, aufgrund des Laufzeitbeginns zum 01.01.2016. Über die weitere Entwicklung wird dann im kommenden Kreisausschuss oder Kreistag unterrichtet.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Vom Jahresbericht 2014 der sozialen Schuldnerberatung im Landkreis Wolfenbüttel wird Kenntnis genommen.
2. Die Landrätin wird ermächtigt, die anliegende Vereinbarung über die Inanspruchnahme von Leistungen der Schuldnerberatung mit dem AWO Kreisverband Salzgitter-Wolfenbüttel ab 01.01.2016 abzuschließen.

TOP 11 Rahmenkonzept Flüchtlingshilfe im Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVII-0602/2015

Frau KAbg. Großer begrüßt Frau Pinkert, die ab 01.07.2015 die Stelle als Koordinatorin für Migration und Teilhabe im Landkreis Wolfenbüttel antreten wird.

Frau Pinkert stellt sich den Anwesenden vor und freut sich auf die Zusammenarbeit bei der kommunalen Integrationspolitik.

Frau Klooth erläutert ausführlich die Vorlage XVII-0602/2015.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock bewertet das Konzept sehr positiv. Sie bedauert, dass bislang mit dem DRK keine Einigung zur Einbindung erzielt werden konnte. Sie gibt zu bedenken, dass das Falkenheim in Groß Denkte, das derzeit eine Außenstelle als Gemeinschaftsunterbringung der Landesaufnahmebehörde Braunschweig bildet, mit in die Konzeption einbezogen werden sollte. Zwar bestehe keine ausländer- oder sozialrechtliche Zuständigkeit, sehr wohl sei aber das Gesundheitsamt dort für Maßnahmen zuständig. Ferner wünscht sie sich die Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen im Konzept.

Frau Steinbrügge weist im Bezug auf das Falkenheim darauf hin, dass die Verwaltung die vom Land dort erstuntergebrachten Asylbewerber auf die Zuteilungsquote angerechnet wissen möchte. Zunächst hatte das Niedersächsische Innenministerium dies als vorübergehende Lösung zurückgewiesen, prüft jetzt in einem zweiten Schritt jedoch erneut.

Frau Klooth ergänzt, dass die Kreisverwaltung die Verankerung im Konzept bewusst vermieden hat, um kein falsches Signal in Richtung Land zu senden. Darüber hinaus schlägt sie vor,

Änderungsvorschläge zum Konzept auf die Agenda zu nehmen und so Hinweise für eine Fortschreibung des Konzepts zu erhalten.

Herr KABg. Hantelmann lobt das vorliegende Konzept, mit dem die Verwaltung das Engagement der Bevölkerung im Landkreis Wolfenbüttel unterstützt.

Frau KABg. Wagner-Judith unterstreicht das Lob ihres Vorredners. Für gelungen hält sie auch die Idee einer mehrsprachigen Willkommensmappe mit wichtigen Informationen. Sie merkt an, dass die Kommunen bei der Auszahlung der Leistungen einer Entlastung durch die Banken bedürfen. Die Asylbewerber sollten viel leichter Zugang zu einem Konto erhalten.

Frau Klooth erklärt, dass die Banken vor Ort unlängst angeschrieben worden sind. Der Anspruch auf ein eigenes Konto könnte durch ein vereinfachtes Legitimationsverfahren schneller realisiert werden. Hier steht die Kreisverwaltung für eine einfache Lösung ein und verfolgt das Thema.

Frau KABg. Brandes erfragt, wer die Kosten für Material wie Schulbücher in den Sprachkursen trägt und ob die vom Land Niedersachsen angekündigten neuen Zuweisungsquoten ab Frühsommer bereits bekannt sind.

Frau Knaubert-Lang erläutert, dass das DRK die gesamten Kosten bei den professionellen Deutsch-Sprachkursen übernimmt.

Frau Klooth berichtet, dass mit Stichtag 31.05.2015 noch 221 Personen bis zum Ende des III. Quartals zugewiesen werden sollten. Eine neue Quote ist bislang nicht bekannt.

Frau Steinbrügge ergänzt, dass etwa mit 200 bis 300 unterzubringenden Personen gerechnet wird.

Herr KABg. Deitmar hält insbesondere die durch das Konzept avisierte individuelle Steuerung vor Ort in den Samt- und Einheitsgemeinden sowie der Stadt für ausgesprochen gut. Das Konzept biete daneben die Gewähr dafür, dass die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Aufgrund der hohen Fahrkosten sei jedoch das Thema Mobilität unter dem Gedanken der Entlastung für Asylbewerber neu zu vertiefen.

Hinweis der Verwaltung:

Herr Piltz verlässt um 18.00 Uhr die Sitzung.

Frau Steinbrügge kündigt an, dass die Mobilität für die Fortschreibung des Konzepts berücksichtigt wird. Dass die zweistufige Struktur des Konzepts mit Ansprechpartnern vor Ort gewählt wurde, hält sie gerade unter dem Aspekt der „kurzen Wege“ um den Lebensmittelpunkt herum für geboten. Die Kreisverwaltung biete dazu ergänzend eine Querschnittssteuerung.

Herr KABg. Boos regt an, auch die Möglichkeiten digitaler Kommunikation mit einzubeziehen.

Frau Knaubert-Lang weist darauf hin, dass schon jetzt mittels Verleih-iPads in Kooperation mit dem Bücherbus Gelegenheit dafür gegeben wird. Erwägungen, Zugänge zu Online-Lernplattformen des Bildungszentrums zu schaffen, befinden sich in der Entwicklung. Im Übrigen weist sie darauf hin, dass die Kontaktdaten der Koordinatorin für Migration und Teilhabe identisch bleiben und man künftig auch an dem bekannten Newsletter-System festhalten wird.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1) Das Rahmenkonzept „Flüchtlingshilfe im Landkreis Wolfenbüttel“ wird zur Kenntnis genommen.
- 2) Ab dem Jahr 2015 wird der Stadt Wolfenbüttel jährlich ein Betrag in Höhe von 40.000 €, den Einheitsgemeinden Cremlingen und Schladen-Werla sowie den Samtgemeinden Baddeckenstedt, Elm-Asse, Oderwald und Sickte jährlich jeweils ein Betrag in Höhe von

20.000 € pauschal für die Finanzierung der Flüchtlingsbetreuung vor Ort zur Verfügung gestellt.

- 3) Die Diakonie im Braunschweiger Land gGmbH, Kreisstelle Wolfenbüttel erhält für den Aufbau und Betrieb eines ehrenamtlichen Übersetzerpools einen Zuschuss in Höhe von jährlich 10.000 €; anteilig für 2015 in Höhe von 6.500 €.
- 4) Die Freiwilligenagentur erhält ab 2015 für die Freiwilligenvermittlung jährlich einen Zuschuss in Höhe von 10.000 €.

**TOP 12 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten
(§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)**

Es liegen keine zu unterrichtenden wichtigen Angelegenheiten vor.

TOP 13 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Großer schließt die Sitzung um 18.28 Uhr und dankt den Anwesenden.

Anlage PowerPoint-Präsentation „Jahresbericht des Amtes für Arbeit und Soziales 2014“

Großer
(Vorsitzende)

Steinbrügge
(Landrätin)

Zimmer
(Protokollführer)